

Von Haig Latchinian

Region. Sachsens Landwirte sind eine Macht. Dass mit ihren abgestimmt agierenden Interessensverbänden nicht zu spaßen ist, wissen Politiker schon seit mindestens zwei Jahren. Bei Demos unter anderem in Dresden und Leipzig wurden bis zu 5000 Bauern in ihren Traktoren mobilisiert. Und sie lassen nicht locker.

Zuletzt bekam Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) beim Treffen in Cannewitz ihren geballten Frust zu spüren. Landwirt Olaf Krannen vom ABG Gut Gaunitz beschwerte sich etwa, warum bei Frost nicht mehr gedüngt werden dürfe. Er frage sich, wer so was aushecke. Er wolle schließlich nicht nur Hamster züchten.

Mit Gülle oder Kompost auf gefrorenem Feld zu düngen, schone den Boden. „Dann graben sich die Räder nicht so tief ins Erdreich, und wir machen auch nicht so viel Dreck auf der Straße“. Sie zweifelten an der Kompetenz der Ministerien, schimpften die Landwirte: „Warum fragt uns keiner? Wir sind die Leute an der Basis.“

Auf ihrer mit Spannung erwarteten Konferenz in Magdeburg be-

schäftigen sich die Agrarminister von Bund und Ländern in dieser Woche vor allem mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Prompt verfassten die sächsischen Bauern einen – wie sie ihn nennen – Brandbrief. Das Positionspapier liegt dieser Zeitung vor.

Maßnahmenpaket zur Ernährungssicherheit

Gefordert wird ein Maßnahmenpaket zur Ernährungssicherheit. Außerdem die Freigabe staatlicher Energiereserven für EU-Düngemittelproduzenten. Die Kosten kletterten bereits ins Unermessliche. Allein der Preis für Stickstoff, bei dessen Herstellung Gas benötigt wird, habe sich um das Dreifache erhöht.

Zudem soll die Mineralölsteuer gesenkt oder Gewerbediesel eingeführt werden. Die Zwangsbrache von vier Prozent der Ackerfläche gehöre abgeschafft. Die Landwirte stünden für Arten- und Umweltschutz, er müsse aber praktikabel bleiben: „Wir sind eben nicht die Dreckfinken der Nation. Wir produzieren Essen.“

Neben Torsten Krawczyk, Präsident des Bauernverbandes, und Hartwig Kübler vom Verein „Fami-

lienbetriebe Land und Forst“ unterzeichnete auch Paul Kompe („Landschaft verbindet“). Der Beschäftigte der Fremdiswalder Firma Schicketanz ist Vorsitzender der sächsischen Sektion.

Deutschland müsse sich schnellstens unabhängiger von Krisenherden machen. Fast 30 Prozent der weltweiten Weizen-Exporte stammten bisher aus der Ukraine und Russland. Hinzu kämen hohe Weltmarktanteile bei Gerste, Mais und Sonnenblumenöl. Durch den Krieg drohten diese Ernten einzubrechen. Das wiederum führe zu Engpässen und Verteilungskämpfen. „Leidtragende sind vor allem Länder in Nordafrika und im Nahen Osten, die größtenteils auf Getreideimporte aus Russland und der Ukraine angewiesen sind“, sagt Kompe. Weil die Lieferungen unbezahlbar würden, drohten Hungersnöte.

Wieso sollen Landwirte Flächen verunkrauten lassen?

Und hierzulande? Die Düngeverordnung würde erneut verschärft. Das Sorge für Ertrags- und Qualitätsverlust. In „roten Gebieten“ müsse sachsenweit auf über 130 000 Hektar 20

Prozent weniger gedüngt werden. Diese Fläche soll nun noch erweitert werden: „Dabei wird jetzt schon mit Hilfe von Satelliten und Sensoren gedüngt.“

Die Landwirte fordern Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, in neue Ställe zu investieren. Sie wollen Sicherheiten, um Erbsen, Lupinen und Soja anbauen zu können – auch als eiweißreiches Futter für ihre Tiere. „Aber ganz ohne Pflanzenschutz und Düngung wird das nicht funktionieren. Es muss sich auch rechnen.“

Wieso, fragen die Landwirte, sollten sie vier Prozent ihrer Ackerfläche zugunsten von Ausgleichszahlungen verunkrauten lassen: „Ein Hektar Weizen bedeutet Brot an 365 Tagen für 100 Menschen“, verdeutlicht Landwirt Robert Erdmann aus Caveritz. Er ist Pressesprecher von „Landschaft verbindet“.

Sein Fremdiswalder Vereinsfreund Paul Kompe richtet einen dringlichen Appell an Staatsminister Wolfram Günther (Bündnis 90/Grüne): „Haben Sie Mut zum Aufbruch! Setzen Sie ein Zeichen für eine regionale, nachhaltige und zukunftssichere Landwirtschaft!“



Leidtragende sind vor allem Länder in Nordafrika und im Nahen Osten, die größtenteils auf Getreideimporte aus Russland und der Ukraine angewiesen sind

Paul Kompe,
„Land schafft
Verbindung“